

Der Kreisparteitag hat beschlossen:

Antragsname:

Gründerkultur in Essen stärken

Antragsteller:

Kreisvorstand

Abstimmungsergebnis:

JA: 36

Nein: 1

Enthaltungen: 0

Seite 1 von 2

Gründerkultur in Essen stärken – Chancen des Start-up-Trends für Wachstum und Beschäftigung nutzen

I. Problemlage

Unser Land und die Ruhrregion leiden unter einer verfestigten wirtschaftlichen Schwäche. Insbesondere der Stadt Essen stehen immense Herausforderungen bevor:

Viele internationale Industriekonzerne, die jahrzehntelang für Wohlstand und Wachstum gesorgt haben, stecken in einer tiefen Krise. In der Folge haben Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den vergangenen Jahren vor Ort deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt gelegen.

Ein Grund für die Probleme ist die Selbständigenlücke und eine zu schwach ausgeprägte Gründungskultur. Für Existenzgründungen, beispielsweise bei innovativen Start-ups, mangelt es noch immer an optimalen Rahmenbedingungen und an starker politischer Unterstützung.

Laut aktueller KfW-Studie lauten die Hauptprobleme für Unternehmensgründungen bürokratische Hürden sowie mangelnde kaufmännische und fachliche Qualifikationen durch eine zu geringe Vermittlung von unternehmerischen oder technischen Kompetenzen in den Schulen und Universitäten sowie den schlechten Förderbedingungen.

II. Handlungsnotwendigkeiten und Strategien

Unsere Stadt Essen braucht ein Handlungsprogramm zur Stärkung der Innovations- und Gründungskultur. Es geht dabei nicht darum, Vorhandenes aufzugeben, sondern an alte Stärken anzuknüpfen und um neue Geschäftsideen zu ergänzen.

Zur Umsetzung dieser Ziele schlägt die FDP nachfolgende Initiativen vor, die in der Stadt Essen von Kammern, Verbänden und der Verwaltung ergriffen werden sollten:

- bedarfsgerechte Errichtung von Gründerzentren, in denen Start-ups bezahlbare Arbeitsbedingungen vorfinden
- Angebote zur Vernetzung der Gründerszene, damit sich kreative Geschäftsideen wechselseitig befruchten können

B.1

■ Gründerkultur

- Gründerberatung zur Unterstützung bei der Lösung von rechtlichen und finanziellen Herausforderungen
- Befreiungsregelungen von Bürokratie in den ersten drei Jahren nach der Unternehmensgründung
- 5 • Kontaktherstellung und Projektbegleitung bei der Erschließung von Förderprogrammen
- Bereithaltung hinreichender Gewerbeflächen für spätere Unternehmensexpansionen
- Informationsangebote von IHK und HWK zu neuen Marktchancen der Digitalisierung in einer Wirtschaft 4.0 ("Smart Factory")
- 10 • verstärkte Gewinnung der Lehrstühle und Institute am Campus Essen für Ausgründungen von Unternehmensideen aus der Wissenschaft
- Forcierung eines optimalen Breitbandausbaus mit flächendeckendem Hochleistungsglasfaserstandard und Schaffung offener W-LAN-Zugänge
- Gewinnung von Senior-Mentoren für die Markteinführung und Begleitung neuer
- 15 Start-ups
- Moderation und Koordination der Herausbildung von Kompetenzzentren (Clusterbildung).

Antragsname:

Gründerkultur in Essen stärken

Antragsteller:

Kreisvorstand

Seite 2 von 2

20 Neben allgemeiner Gründungsförderung ist es sinnvoll, bei der spezifischen Förderung nicht mit der Gießkanne vorzugehen, sondern Fördercluster zu bilden. Dort profitieren Neugründungen und etablierte Unternehmen von starken Netzwerkeffekten, Synergien und Kooperationen. Außerdem trägt dies zu einer effizienteren Verwendung von Fördermitteln bei. Ferner wirkt ein solches Cluster dem im Ruhrgebiet bekannten Problem des nicht immer produktiven Konkurrenzdenkens

25 entgegen.

30 In Essen bieten sich beispielsweise Start-up-Cluster in den Themenfeldern Energie, Mobilität und Gesundheit an. Die infrastrukturellen Voraussetzungen sind anders als im ländlichen Raum überwiegend günstig, eine ruhrgebietsweite Vernetzung von Gründeraktivitäten aus der Stadt Essen heraus zu forcieren.

35 Entscheidend sind oft das passende Gründungsklima und die richtige Ansprache von potentiellen Gründungswilligen, ihre Geschäftsidee vor Ort zu realisieren. Einer Ermutigung und Unterstützung von Start-ups sollten sich möglichst viele Essener Verantwortungsträger in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft verpflichtet fühlen.